

SPD: Straßen aus Steuern finanzieren

Abkehr der Fraktion von wiederkehrenden Beiträgen

BEBRA. Die SPD fordert eine ersatzlose Abschaffung der Straßenbeitragssatzung und eine Rückbesinnung darauf, dass Straßen Teil der kommunalen Grundausrüstung sind, die aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Das erklärt die Fraktionsspitze der SPD in Bebra, Gerhard Schneider-Rose und Stefanie Koch, in einer Pressemitteilung. Beide verweisen auf die inzwischen geänderte Rahmenbedingungen.

Die SPD werde sich in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 21. Juni, gegen die Vorbereitung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen aussprechen und die ersatzlose Streichung der Straßenbeitragssatzung fordern.

Im November des vergangenen Jahres hat die SPD-Fraktion sich noch einvernehmlich mit den anderen Fraktionen im Stadtparlament für die Ablösung der bestehenden Satzung mit einmaligen Beiträgen und stattdessen für wiederkehrende Straßenbeiträge ausgesprochen.

Entscheidung gefallen

„Vor dem Hintergrund des aufgelaufenen Haushaltsdefizits und des Zwanges durch Landesrecht, Straßenbeiträge zu erheben, erschien uns die Variante der Belastung aller Anlieger im Beitragsgebiet die

gerechtere und sozial verträglichere zu sein“, erklärten Schneider-Rose und Koch. Im Februar dann hatte die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung ein Aussetzen der Umsetzung bis zu einer Entscheidung auf Landesebene beantragt. Diese Entscheidung ist jetzt gefallen. Die Regierungsmehrheit hat mit Unterstützung der FDP beschlossen, die Pflicht zur Erhebung von Straßenbeiträgen auch für defizitäre Kommunen abzuschaffen.

Die Landtagsfraktion der SPD hat weitergehende Vorstellungen: Die Steuerzuweisungen für Kommunen sollen so erhöht werden, dass die Kommunen zur grundhaften Erneuerungen von innerörtlichen Straßen befähigt werden, ohne die Bürger dafür extra zur Kasse zu bitten. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Landtag hatte dieser Vorschlag keine Chance, jetzt hofft die SPD Bebra auf einen Erfolg bei der Landtagswahl im Herbst und eine Nachbesserung bei der Finanzausstattung.

Auch die Finanzlage der Stadt sehe deutlich besser aus, als dies im vergangenen Herbst absehbar war, sodass sich die SPD-Fraktion zu einer Neubewertung des Themas Straßenbeitragssatzung entschlossen habe. (red/ank)